

Der LINKE Landbote

Extraausgabe

Landkreis Rotenburg, im März 2011
www.die-linke-rotenburg

Aus aktuellem Anlass: Japans Atomkraftwerke explodieren!

Jetzt ist es passiert – die Kernschmelze in japanischen Atomkraftwerken hat Land und Leute zum strahlen gebracht. Dabei haben in Japan, genau wie in Deutschland, Politiker und Betreiber unermüdlich versichert, dass die Kraftwerke das Sicherste sind, was man sich an Technik nur vorstellen kann. In Japan, weil doch die japanische Technologie die sicherste der Erde ist. In Deutschland weil eben die deutschen Kraftwerke „Made in Germany“ sind. Allein das, und dass zusätzlich noch honorige, ehrliche, anständige Politiker, wie Schröder, Merkel, Fischer, Röttgen und Co. ihre Bevölkerung natürlich niemals belügen und gefährden würden – Ehrenwort! Dass sie das selber nicht so sehen, geben diese Herrschaften zu, indem



sie, wieder einmal, mit Nachdruck prüfen lassen wollen, wie sicher sie denn nun wirklich sind, die deutschen AKWs. Auch die ganzen Katastrophen- und Evakuierungsplanungen nach(!) einem Super-Gau, der nach ihrem Bekunden ja vollkommen unmöglich ist, widerspricht ihren gebetsmühlenartigen Beteuerungen. Kurz: Sie wissen ganz genau mit welchen Schädigungen an ihrer Bevölkerung sie rechnen. Trotzdem es gibt noch genügend brave Bürger, die den herrschenden Politikern und ihren Begründungen glauben schenken. Deshalb und solange können die Herrschaften in Berlin auch genau das machen, was sie machen. Daher wollen wir uns im Folgenden ein wenig mit den Argumenten derer beschäftigen, die die Atompolitik machen und propagieren. Im ersten Teil nennen wir den wirklichen Grund dafür, warum dieser Staat seinen Bürgern das alles zumutet und aufbürdet. Im zweiten werfen wir einen Blick auf die dazugehörigen Legitimationslügen. Aber soviel schon mal vorweg – AKWs und deren zusätzliche Laufzeitverlängerung haben nicht ihren Grund in CO²-Reduktion und Klimaschutz.

Warum will Deutschland längere Laufzeiten für AKWs?

Etwas Theorie: Worum geht es in der Marktwirtschaft?

Was an Gütern auf den Markt kommt, und zu welchem Preis – darüber entscheidet die Konkurrenz der Kapitalisten, die sich nur um *einen* Punkt dreht: Wer ist der *Überlegene* bei der allein selig machenden Gewinn-Macherei? Das überlässt der Staat keineswegs dem berühmten „freien Spiel der Marktkräfte“. Er bemüht sich nach Kräften, diese Konkurrenz – selbstverständlich unter großer Hochachtung vor der „unternehmerischen Freiheit“ – so zu *steuern*, dass sich die „Marktkräfte“ zu einem *Standort* bündeln, der in der Konkurrenz in und um den Weltmarkt bestehen und obsiegen kann. Das heißt: der einen *möglichst großen Anteil* vom *Geldreichtum der ganzen Welt*, insbesondere durch Exporterfolge, *anzieht*. Der Standort Deutschland ist also im Wortsinn attraktiv!

Bei der Energieversorgung sieht sich der Staat zu besonderen *planerischen Eingriffen* herausgefordert. In früheren Zeiten wurde die Energieversorgung oft genug staatlich oder halbstaatlich betrieben, und auch jetzt gibt es keine Konkurrenz der Energiekapitale ohne ständige staatliche Begleitung, Beaufsichtigung und Weisungen, weil es der Staat diesen Kapitalen nicht allein überlassen will und kann, welche Mengen an Energie zu welchem Preis sie bereitstellen. Das kapitalistische Wirtschaftsleben der Nation, aus dem *der Staat* den Zuwachs *seines Geldes* und *seiner Macht* schöpft, braucht unbedingt die *freie Verfügung* über *jede erforderliche Menge* Energie. Und zwar zu einem *Preis*, der den *Konkurrenz-erfolg des nationalen Kapitals* auf dem *internationalen Markt fördert* und nicht bremst, ist doch der Energiepreis Bestandteil der Kosten *jedes* Geschäfts. Diese Sicherstellung der Energieversorgung fürs *Kapital* ist natürlich nicht gleichzusetzen mit einer *günstigen*

Energieversorgung für Otto Normalverbraucher; der muss die Preise bezahlen, die die Energiekapitale für ein gewinnträchtiges Geschäft auch mit den privaten Strom-, Heizöl- und Gaskunden kalkulieren. Deshalb haben noch nicht einmal die einfältigsten Zeitgenossen daran geglaubt, die jüngst beschlossene Laufzeitverlängerung für die AKWs würde den Normalverbrauchern eine Strompreissenkung bescheren.

Wofür braucht Deutschland „Energiesicherheit“?

Wenn der Staat von „Energiesicherheit“ spricht, heißt das: „Sicher“ kann sich das kapitalistische Deutschland nur fühlen, wenn es Zugriff auf eine große Auswahl an Energiequellen, am besten auf alle, hat. Auch wenn diese im Nahen Osten oder in Sibirien liegen. Energiepolitik ist also keine national beschränkte Angelegenheit, sondern erhebt Anspruch auf die Energieschätze der ganzen Welt. Die nationale Abhängigkeit von Öl und Gas, über das andere Staaten verfügen, wird

nicht einfach hingenommen. Umgekehrt soll es sein: Die „Rohstoffländer“ sollen unbedingt, also alternativlos, vom Export „ihrer“ Rohstoffe abhängig sein! Dafür sollen diese Staaten Land und Leute herrichten. Und diese Abhängigkeit, dass Deutschland ihnen ihren Stoff abkauft, die ist erfolgreich geschaffen worden! Sie sind auf Gedeih und Verderb vom Export ihrer Naturgüter, in diesem Fall Öl und Gas, abhängig. Eine dafür wichtige energiepolitische Machtposition hat sich diese Nation mit ihrem Atomenergieprogramm verschafft, denn damit hat sie es in der Hand, die Abhängigkeit von auswärtiger Energie dadurch zu relativieren, dass sie den „Rohstoffländern“ androhen kann, dass sie auf ihrem Zeug sitzen bleiben. Eingehandelt hat sich Deutschland damit ein unkalkulierbares atomares Risiko. Das muss aber sein, da – bei allen laufenden und absehbaren Schäden für das menschliche Leben – die Abhängigkeit von auswärtiger Macht fürs ökonomische Leben der Nation ein mindest ebenso großes Risiko ist: So geht der Zynismus staatlicher Risikoabwägung!

Was hat „Ökostrom“ mit all dem zu tun?

Heute wird ein Viertel bis ein Drittel des nationalen Strombedarfs mit Atomenergie gedeckt. Deutschland ist – zivile – Atommacht, seine *Nuklearerntechnologie* ist *führend* auf dem Weltmarkt. Durch eine „strategischen Partnerschaft“ mit Russland hat Deutschland seine Energieversorgung „diversifiziert“ und sich damit ein Stück von der früher einseitigen Abhängigkeit von der Erdölfuhr aus dem Nahen und Mittleren Ostens befreit. Auf Basis dieses energiepolitischen Erfolgsweges kann es sich die Nation leisten und sieht es – zunächst unter Rot-Grün – auch als dringend notwendig an, der nuklearen Option *alternative Energiequellen* zur Seite zu stellen.

Was damals von der Schröder/Fischer-Regierung als „historischer Beschluss in den Ausstieg“ gefeiert wurde, war ja gar kein Ausstieg, sondern eine rechtssichere Betriebsgenehmigung mit *Fristen*. Diese sollten aber von den nationalen Energiekapitalen dazu genutzt werden, im Sinne der Fortsetzung dieses Erfolgsweges das atomare Risiko, das schließlich auch eines für den *Standort* überhaupt ist, zurückzudrängen. Das heißt: Der Zugriff auf auswärtige Energiequellen bleibt selbstverständlich erhalten und wird weiter ausgebaut. *Zugleich* geht es darum, den Aufbau von alternativen Energiequellen im Lande selbst voranzutreiben.

Der Klimawandel: Ein unschlagbar guter Legitimationstitel!

Wenn die schwarz-gelbe Regierung 8 bis 14 Jahre längere Laufzeiten für nützlich hält, gibt sie das Grundanliegen des früheren „Einstieg in den Ausstieg“-Beschlusses nicht preis. Die neue Regierung, die wie die alte keine neuen AKWs in Deutschland plant, will – wie sie programmatisch ankündigt – „den Weg in das regenerative Zeitalter gehen und die *Technologieführerschaft* bei den Erneuerbaren Energien *ausbauen*“. Dazu gehört auch die Absichtserklärung, „den unbegrenzten Einspeisevorrang von Elektrizität aus Erneuerbaren Energien zu erhalten“. Von diesen „Erneuerbaren Energien“ erhofft sich die Regierung erstens ein weiteres Standbein der Energiesicherheit durch Energie in *rein nationaler* Verfügung. Zweitens lanciert sie eine Weltmarktoffensive mit neuen Umwelt- und vor allem Energietechnologien und sie macht sich drittens dafür stark, deutsche Energietechniken als für die Konkurrenz weltweit verbindliche Standards durchzusetzen, um so *auswärtige Energiemärkte* zu *erobern*. Das alles nennt man „Ringens um die technologische Führerschaft“ und meint nichts anderes als, anderen Nationen in der Konkurrenz um die Energie von vornherein voraus zu sein. Diese Energiepolitik, mit der Deutschland den Rest der Welt von *deutscher* Energietechnologie *abhängig* machen will, firmiert unter dem schönen Titel: „Rettung der Menschheit vor der weltweiten Klimakatastrophe“. Die Regierung ist jetzt zu dem Schluss gekommen, dass für dieses Programm die Profite aus den Atommeilern unverzichtbar sind, weswegen die AKW-Betreiber fürsorglich behandelt werden müssen: Sie brauchen ja dieses Kapital, um damit das Geschäft mit den „Erneuerbaren Energien“, in das sie schon längst eingestiegen sind, noch entschiedener voranzutreiben zu können. Das ist mit „Brückentechnologie“ gemeint: Kapitalkräftige Investoren sollen gefunden werden, welche die neuen, zum Teil noch nicht ausgereiften Technologien finanzieren, und sich damit eine neue Gewinnquelle erschließen. Diese muss natürlich so beschaffen sein, dass eine mögliche Reduzierung der alten Gewinnquelle durch die neuen Gewinne mehr als kompensiert wird.

Welche Interessen geraten dabei aneinander?

Wie gewaltig die Ansprüche dieser deutschen Energiepolitik sind, wird an dem Widerstand deutlich, auf den die Regierung bei anderen Nationen trifft. Da hat sie es wirklich nicht leicht:

Andere mächtige Nationen zeigten sich in Kopenhagen und anderswo gar nicht aufgeschlossen gegenüber Merkels Klimaappellen, die sie im Einklang mit ihren neuerdings „grünen“ deutschen Geschäftemachern verkündet – schließlich kämpfen auch diese Nationen weltweit für *ihre* eigenen *konkurrierenden Energiepläne*. Daher rechnet die Bundesregierung noch mal nach, denn es kommt einiges zusammen. Ist es in Konkurrenz zu den anderen Nationen nicht fahrlässig, wenn Deutschland es seinen „Energieriesen“ schwer macht, *noch* mehr Profit aus den AKWs zu ziehen und wenn es dem nationalen Kapitalwachstum zu schnell zu viele Aufwendungen fürs „Umsteuern“ hin zu den „Erneuerbaren Energien“ zumutet? Haben aber nicht auch die Kapitalisten Recht, die keine AKW-Betreiber sind und die für ihre *Vorschüsse* in „*nachhaltige Energie*“ wenigstens schon mal in der Heimat garantierte Absatzmärkte und Renditen fordern, wenn's auf dem Weltmarkt schon so hart wird? Was ist, wenn man für die Finanzierung von Netzen, die für die Übertragung der Erneuerbaren Energien geeignet sind, wiederum Geld bei länger laufenden atomaren Gewinnmaschinen abzweigt? Das könnte freilich wieder die Profite der Atomkonzerne und ihren Beitrag zum nationalen Wachstum und *ihre* Investitionen in „nachhaltige Energiegewinnung“ belasten. Und dann ist auch noch Krise, und die Regierung braucht die „Brennelementesteuer“ und die „Extraabgabe für die Förderung erneuerbarer Energien“ mit den ca. 30 Milliarden Euro Extraeinnahmen ganz unbedingt für einen „soliden“ Staatshaushalt, den sie für die Bankenrettung und zugleich einen guten Eindruck bei den Spekulanten bezüglich der Solidität ihrer Staatsfinanzen braucht.

So eine Regierung hat es wirklich „nicht leicht“. Lauter *anerkannte, herrschende* Interessen von Kapitalen und Staat die sich da aneinander reiben. Kein Wunder, dass jeder Kompromiss, der da zustande kommt, sofort wieder einflussreiche und mächtige Gegner hat. Allerdings ist der Kampf der *Parteien* um die globale Energiewende vorläufig entschieden: *(Noch!)/Längere Laufzeiten für AKWs im nationalen Energiemix als Waffe in der Konkurrenz um die globale Energiewende und ihre Erträge ist seit 2009 Staatsprogramm!*

(Wer sich das Geschriebene als systematische Erklärung einmal als Vortrag anhören möchte, der kann das unter www.argudiss.de. Dort findet sich unter „Aktuell“ ein unbedingt empfehlenswerter Vortrag zu diesem Thema)

Warum braucht Deutschland Atomkraftwerke?

Die beliebtesten Ideologien, mit denen Staat und Atomwirtschaft dem Volk die Atomkraft schmackhaft machen.

Ohne Atomkraftwerke wird der Strom knapp

„Deutschland: Stromexport-Weltmeister“ - Nie wurde so viel Strom in der Geschichte der Bundesrepublik exportiert, wie 2010: Im ersten Quartal waren 6,7 Prozent mehr Strom erzeugt als verbraucht. Übersetzt bedeutet das: Deutschland könnte mühelos acht Atomkraftwerke abschalten. (klimarettter.info.de) Dass außerdem wegen der Verstopfung der Energieleitungen durch Atomstrom oft Windkraftwerke ihre Energieproduktion einstellen müssen, ist nicht gerade ein Geheimnis. Allerdings ist für die Bundesregierung klar, dass Stromexport eine feine Sache ist. Wohin auch mit den Überkapazitäten. Im Ausland können die Energiekapitale damit manche Milliarde verdienen. Aber Stromimport kommt natürlich nicht in die Tüte – man wäre ja irgendwie abhängig. Das geht gar nicht. Dabei kann überall im benachbarten Ausland Strom eingekauft werden, würde es einmal einen Engpass geben. Sofern man will auch „Ökostrom“. Von wegen also „Strom ist knapp“!

Atomstrom sichert dem Normalverbraucher einen bezahlbaren Strompreis.

„Strom wird nicht billiger. Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke führen nach Ansicht der Verbraucher-zentralen nicht zu Strompreissenkungen“ (BZ, 11.9.10) Jeder weiß, dass Strom immer teurer wird und die jährliche Stromrechnung zunehmend ein ernstes finanzielles Problem für Normalhaushalte ist. Und wenn Ottonormalverbraucher seine Stromrechnung nicht bezahlt, dann wird ihm die „Versorgung“ mit Elektrizität entzogen. Der Strom wird von den „Energieversorgern“ abgestellt, und Otto sitzt samt Familie ohne funktionierenden Kühlschrank, Fernseher und Waschmaschine im Dunkeln. Die Energiemultis verdienen sich derweil eine goldene Nase: „Die Frankfurter Rundschau berichtete vorab unter Berufung

auf eine Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes im Auftrag der Grünen, die drei Konzerne EON, RWE und EnBW hätten allein 2009 zusammen 23 Milliarden Euro Profit eingefahren. Seit 2002 hätten sie mehr als 100 Milliarden Euro Gewinn erzielt. In diesem Zeitraum hätten sich die Erträge versiebenfacht.“ (ddp, 20.10.10) Aber: „Unternehmen bei Ökostener geschont“ - Die Regierung will die Subventionen energieintensiv produzierender Betriebe bei der Ökostener weniger stark zurückfahren als angekündigt. Statt mit 1,1 Mrd Euro im nächsten Jahr sollen die Betriebe nur noch mit 500 Mio Euro zusätzlich belastet werden, so ein neuer Vorschlag aus dem Kanzleramt. Der Sockel, ab dem eine Befreiung von der Steuer möglich ist, werde von 2500 auf 1000 Euro gesenkt. Zudem solle die Ökosteuerschuld nicht mehr nur um bis zu 73%, sondern nur noch um bis zu 90% reduziert werden. Aktuell sind es 95%. Die fehlenden Millionen aus diesem

Ergebnis belegt: Der Staat und damit die Bundesbürger haben die Atomenergie zusätzlich zu den Stromkosten seit 1950 mit mindestens 165 Milliarden Euro gefördert. Das entspricht einer Subventionierung des Atomstroms von 3,9 Cent pro Kilowattstunde (kWh) Strom. Hinzu kommen zukünftige Kosten für die Gesellschaft von 92,5 Milliarden Euro, die heute bereits absehbar sind. Die Zuwendungen für die Atomkraft lägen laut Studie noch weitaus höher, wenn die Betreiber der AKW zudem für eine vollständige Haftpflichtversicherung im Fall eines nuklearen Unfalls aufkommen müssten. Würden bei Atomkraftwerken also die gleichen Haftungsregeln wie in anderen Wirtschaftsbereichen gelten, wäre Atomstrom um bis zu 2,70 Euro pro Kilowattstunde(!!!) teurer und damit weder bezahlbar noch wettbewerbsfähig.“ (greenpeace.de)

Noch nicht berücksichtigt werden können bei diesen Berechnungen natürlich die Unsummen, die absehbar dadurch

entstehen, dass das unlösbare „Entsorgungsproblem“ für die nächsten Generationen Kosten in unabsehbarer Höhe produziert. Die Enkelkinder und deren Nachkommen sollten schon mal eine kräftige Portion ihres durchschnittlich ohnehin schmalen Einkommens zurücklegen, um die Zeche zu bezahlen, die ihnen der Staat mit der Atompolitik hier und heute einbrockt.



Atomstrom sichert dem Normalverbraucher einen bezahlbaren Strompreis.

„Strom wird nicht billiger. Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke führen nach Ansicht der Verbraucher-zentralen nicht zu Strompreissenkungen“ (BZ, 11.9.10) Jeder weiß, dass Strom immer teurer wird und die jährliche Stromrechnung zunehmend ein ernstes finanzielles Problem für Normalhaushalte ist. Und wenn Ottonormalverbraucher seine Stromrechnung nicht bezahlt, dann wird ihm die „Versorgung“ mit Elektrizität entzogen. Der Strom wird von den „Energieversorgern“ abgestellt, und Otto sitzt samt Familie ohne funktionierenden Kühlschrank, Fernseher und Waschmaschine im Dunkeln. Die Energiemultis verdienen sich derweil eine goldene Nase: „Die Frankfurter Rundschau berichtete vorab unter Berufung

Manöver im Haushalt will sich der Staat mit einer höheren Tabaksteuer und Änderungen bei der Mehrwertsteuer holen. (dpa, 24.10.10) Außerdem soll es billige Sondertarife für Unternehmen, vor allem für „energieintensive“, geben. Bezahlbar soll der Strom schon sein – für die Wirtschaft und deren Wachstum. Dafür nimmt der Staat seinen Bürgern allerhand Geld durch Steuern weg und subventioniert mit Riesensummen die Atomindustrie. So sieht's aus!

Atomkraft ist billig

„Eine von Greenpeace beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Auftrag gegebene Studie versucht erstmals eine weitgehend vollständige Bilanz aller staatlichen Förderungen zu Gunsten der Atomindustrie zusammen zu stellen. Das

Atomkraft ist sicher und unschädlich

„Eine epidemiologische Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz im Jahr 2007 zeigte eine signifikant erhöhte Leukämie-Rate bei Kindern in der Nähe (fünf Kilometer) von Kernkraftwerken. Danach erkrankten von 1980-2003 im 5km-Umkreis um die Kernkraftwerke in Deutschland 37 Kinder neu an Leukämie – im statistischen Mittel wären es 17 Kinder gewesen.“ „Eine Studie vom Paul Scherer Institut listet für die Todesfälle aufgrund von Langzeitfolgen durch AKWs allein für die Katastrophe von Tschernobyl und schätzt diese auf etwa 10.000 bis 100.000 Todesfälle, die bis heute unmittelbar auf die Langzeitfolgen von Tschernobyl zurückzuführen seien, ohne die Folgen von Harrisburg, Sellafield, Majak oder anderen AKW-Unfällen mit

Radioaktivitätsaustritt zu berücksichtigen (s. auch die Liste der Unfälle in kerntechnischen Anlagen, die sich allein mit derartigen Fällen von Radioaktivitätsaustritten befasst). Die PSI-Studie weist darauf hin, dass es bei Atomenergie weniger auf die sofortigen Todesopfer, als vielmehr auf die *zahlreicheren Todesfolgen aufgrund von Langzeit-schäden* (Strahlenkrankheit, Leukämie, Schilddrüsenkrebs und sonstige Krebsarten, etc.) ankomme.“ (Wikipedia)

Staaten, die eine Meldepflicht für Störfälle in Atomkraftwerken gebieten und eine „Internationale Bewertungsskala für nukleare Ereignisse“ schaffen, gehen selbstverständlich davon aus, dass Atomkraftwerke alles andere als sicher sind. Wenn man Störungsschweregrade festlegt und sie in 8 Stufen klassifiziert, von Stufe 0, („Ereignis ohne oder mit geringer sicherheitstechnischer Bedeutung“) bis Stufe 7 („Katastrophaler Unfall“), dann kalkuliert mit Unfällen und dessen Folgen. Und jeder, der ab und zu mal Zeitungen liest oder Nachrichten hört und schaut, der weiß, dass es andauernd solche „Störfälle“ in deutschen AKWs gibt! Wie viele solcher „Störfälle“ gar nicht bekannt (gemacht) werden, weiß allein der Herrgott. So wurde die „beinahe Kernschmelze“ in Biblis (1986/87) über ein Jahr verheimlicht. Und die heute weiß kaum jemand von dem Fast-Super-Gau in Deutschland!

Atomkraft ist nötig für die CO²-Bilanz und das Weltklima

Im letzten Jahrzehnt wurden fast 30 (Braun-)Kohlekraftwerke in Auftrag gegeben und zum Teil schon gebaut. Laut dem World Wildlife Fund (WWF), sind Braunkohlekraftwerke die größten Dreckschleudern, die es in der Energieproduktion überhaupt gibt: „Deutsche Kohlekraftwerke gehören nach den Berechnungen von Umweltschützern zu den klimaschädlichsten Stromlieferanten in der Europäischen Union. Nach einer veröffentlichten Studie des Öko-Instituts im Auftrag des WWF stehen von den 30 größten Dreckschleudern in der EU allein zehn in der Bundesrepublik.“ (stern.de) Es ist schon lustig, dass das Argument mit der CO²-Reduktion Jahrzehnte nach dem Bau der Atomkraftwerke kommt. Aber so lange sich die Bevölkerung diesen Bären aufbinden lässt, kommt es der Politik natürlich sehr zupass.

Die Sache mit der „sicheren Endlagerung“ ist vollkommen ungeklärt und daher ersparen wir uns zu diesem Thema jede Anmerkung!

WIR WOLLEN KEINEN 12 JAHRE WÄHRENDEN „EINSTIEG IN DEN AUSTIEG“.

WIR WOLLEN, DASS DIE DINGER SOFORT AUS DEM VERKEHR GEZOGEN WERDEN!

DIE LINKE.
KREISVERBAND ROTENBURG/WÜMME

www.die-linke-rotenburg

Impressum: Die Linke Rotenburg. W. Ganguin, Am Bahnhof 9, 27356 Rotenburg (V.i.S.d.P.)

Eine unvollständige Chronologie des Schreckens

Immer wieder kommt es in Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen zu Störfällen. Eine Aufstellung schwerer Zwischenfälle.

Kanada, Dezember 1952: In einem Reaktor in Chalk River bei Ottawa kommt es zu einer schweren Explosion. Der Reaktorkern wird bei einer partiellen Kernschmelze zerstört.

Russland, September 1957: In einer Wiederaufbereitungsanlage in Kyschtym explodiert ein Tank mit radioaktiven Abfällen. Dabei werden große Mengen an radioaktiven Substanzen freigesetzt.

Großbritannien, Oktober 1957: Im Kernreaktor in Windscale - ab 1983 Sellafield genannt - wird nach einem Brand eine radioaktive Wolke freigesetzt, die sich über Europa verteilt.

Großbritannien, Juli 1973: Wieder kommt es in der Wiederaufarbeitungsanlage Windscale zu einer schweren Explosion, bei der ein großer Teil der Anlage kontaminiert wird.

Deutschland, Januar 1977: Kurzschlüsse in zwei Hochspannungsleitungen führen im Atomkraftwerk Gundremmingen in Bayern zu einem Totalschaden. Das Reaktorgebäude ist mit radioaktivem Kühlwasser ver-seucht.

USA, März 1979: Maschinen- und Bedienungsfehler führen im Kernkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg zum Ausfall der Reaktorkühlung, die eine partielle Kernschmelze und die Freisetzung von radioaktiven Gasen zur Folge hat.

Sowjetunion, April 1986: Kernschmelze im Atomkraftwerk Tschernobyl. Der radioaktive

Niederschlag geht auch in Deutschland nieder. Das Ausmaß der Folgen ist bis heute unklar. Fachleute geben die Zahl der zu erwartenden Toten mit zwischen 4000 und 100.000 an. 4000 Menschen erkrankten infolge des Unfalls an Schilddrüsenkrebs.

Japan, September 1999: In einem Brennelementewerk in Tokaimura setzt nach einer unvorschriftsmäßigen Befüllung eines Vorbereitungstanks eine unkontrollierte Kettenreaktion ein. Starke radioaktive Strahlung tritt aus.

Tschechien, Oktober 2000: Das umstrittene Atomkraftwerk Temelin geht ans Netz. Bis Anfang August 2006 werden von der Anlage fast hundert Störfälle gemeldet.

Deutschland, Dezember 2001: Eine Wasserstoffexplosion verursacht im Atomkraftwerk Brunsbüttel einen Störfall. Der Reaktor wird erst auf Drängen der Kontrollbehörden im Februar 2002 zur Inspektion vom Netz genommen.

Schweden, Juli 2006: Nach einem Kurzschluss wird im Kernkraftwerk Forsmark einer von drei Reaktoren automatisch von der Stromversorgung getrennt. Der Reaktor wird heruntergefahren.

Deutschland, Juli 2009: Der Reaktor Krümmel in Schleswig Holstein wird nach einem Kurzschluss im Maschinentransformator per Schnellabschaltung vom Netz genommen. Ein baugleicher Transformator war Ende Juni 2007 nach einem Kurzschluss in Brand geraten.

Japan, März 2011: Im Atomkraftwerk Fukushima fällt nach einem schweren Erdbeben die Kühlanlage aus, Stunden später kommt es zu einer schweren Explosion, ein Indiz für eine mögliche Kernschmelze.

